KONRAD ADENAUER STIFTUNG
Frankreich

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

3. – 10. März 2023

Der französische Senat hat trotz der anhaltenden Proteste gegen die geplante Rentenreform einer schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters von 62 auf 64 Jahre zugestimmt. Mit 201 Stimmen entschieden sich die Senatoren am 9. März für einen entsprechenden Artikel, 115 lehnten ihn ab. Der Anhebung muss nun auch noch die Nationalversammlung zustimmen. Nach den Beratungen des Senats soll ein Ausschuss versuchen, einen Kompromiss zwischen den beiden Parlamentskammern zu finden. Am 8. März, dem sechsten Streiktag zur Rentenreform, nahmen laut Innenministerium landesweit rund 1,28 Millionen Menschen teil, während die Gewerkschaft CGT ihrerseits von einer „historischen Mobilisierung" mit 3,5 Millionen Demonstranten sprach. Auch am 9. und 10. März führten die Pariser Verkehrsbetriebe RATP und die Bahngesellschaft SNCF ihre Streiks fort. Aufgrund der Blockade von Raffinerien können zahlreiche französische Tankstellen derzeit nicht mehr mit Diesel und Benzin beliefert werden.

Am Weltfrauentag hat Frankreichs Präsident Emanuel Macron eine grundlegende Gesetzesänderung angekündigt: Er wolle das Recht auf Abtreibung in der Verfassung verankern und damit unumkehrbar machen. In den kommenden Monaten soll die Grundgesetzänderung auf den Weg gebracht werden. Zuvor hatten sich bereits die Nationalversammlung und der Senat hinter das Vorhaben gestellt. Schwangerschaftsabbrüche sind in Frankreich seit 1975 legal.

Junge Frauen bis zum Alter von 25 sollen in Frankreich künftig die Kosten für wiederverwendbare Periodenprodukte von der Sozialversicherung erstattet bekommen. Die Regelung soll zum nächsten Jahr greifen, kündigte Premierministerin Élisabeth Borne an. Es geht bei dem Vorhaben ausdrücklich nicht um Wegwerfprodukte.

Präsident Emmanuel Macron wird am 10. März den britischen Premierminister Rishi Sunak zum ersten gemeinsamen Regierungsgipfel beider Länder seit fünf Jahren in Paris begrüßen. Die beiden Staatsmänner wollen sich treffen, um die Beziehungen zwischen den beiden größten militärischen und diplomatischen Mächten Westeuropas, nach Jahren der Spannung zu verbessern. Letztere beinhalten Streitigkeiten über U-Boot-Verträge, sowie die Migrationskrise im Ärmelkanal.

Staatspräsident Emmanuel Macron besuchte vom 1. bis 5. März Gabun, Angola, die Republik Kongo und die Demokratische Republik Kongo. Die 18. Reise auf den afrikanischen Kontinent erfolgte im Kontext seiner Rede von 27. Februar 2023: Ein halbes Jahr nach dem Abzug der französischen Soldaten aus Mali stellte Präsident Macron eine „sichtbare Verringerung der Präsenz" französischer Soldaten auf dem afrikanischen Kontinent in Aussicht. In Gabun nahm Emmanuel Macron am One Forest Summit teil. Nahrungsmittelsicherheit stand im Fokus seines Besuchs in Angola. Im Anschluss an ein Gespräch mit dem Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo, Félix Tshisedekedi, bekräftigte der Staatschef Frankreichs Rolle als Verbündeter bei der Verteidigung der Integrität und Souveränität des kongolesischen Hoheitsgebiets. Macron sicherte 34 Millionen Euro Aufbauhilfe für den Osten des Landes zu

Die französischen Stützpunkte im Senegal, in der Republik Côte d'Ivoire und in Gabun sind „immer noch nützlich", schlussfolgert ein Bericht des französischen Senats vom 8. März 2023. Das Dokument betont, dass „schwere und langwierige" Einsätze wie die Anti-Dschihadisten-Operation Barkhane, die im August letzten Jahres abgeschlossen wurde, „nicht mehr wünschenswert sind", aber „keinesfalls bedeuten dürfen, dass die Bemühungen, zur Entwicklung der Region beizutragen, aufgegeben werden". Präsident Macron hatte Ende Februar eine „sichtbare Verringerung" der französischen Streitkräfte auf dem afrikanischen Kontinent angekündigt, bevor er eine Reise nach Afrika unternahm, Laut dem Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung des Senats würde die Beibehaltung der französischen Stützpunkte im Golf von Guinea es ermöglichen, „kurzfristig große Operationen durchzuführen". Derzeit sind nach Angaben des Generalstabs 1650 französische Soldaten im Senegal, in der Republik Côte d'Ivoire und in Gabun stationiert,

deren Aufgabe insbesondere darin besteht, die Sicherheit französischer Staatsbürger zu gewährleisten. Der Bericht spricht von etwa 150.000 Franzosen, die südlich der Sahara leben.

Die Energieregulierungsbehörden von Frankreich und Spanien gaben am 2. März eine Vereinbarung bekannt, in der die Kosten für ein Stromverbundprojekt zwischen den beiden Ländern von 1,75 Milliarden Euro auf 2,85 Milliarden Euro nach oben korrigiert wurden. Ursprünglich sollte das Projekt 2025 in Betrieb genommen werden, doch dieses Datum wurde nun auf 2028 verschoben. Die Gründe für diesen Anstieg liegen in dem „ungünstigen" Markt und dem starken Preisanstieg bei den Hauptkomponenten dieser zukünftigen Verbindungen.

Dank seines Kampfflugzeugs Rafale konnte das Unternehmen Dassault, das am 9. März seine Jahresergebnisse veröffentlichte, im vergangenen Jahr einen Rekordauftragseingang verzeichnen. Der französische Flugzeughersteller meldete einen Auftragseingang im Wert von 20,9 Milliarden Euro, was einem Anstieg von 73 % gegenüber dem Jahr 2021 entspricht. „Das Jahr 2022 ist ein historisches Jahr", betonte Konzernchef Eric Trappier. Im Jahr 2022 wurden 92 Rafale-Flugzeuge gegenüber 49 im Vorjahr und 64 Falcon-Geschäftsflugzeuge gegenüber 51 im Jahr 2021 bestellt.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Der Rassemblement National wird am 1. Mai 2023 in Le Havre ein „Fest der Nation" veranstalten, das mit Reden des Parteivorsitzenden Jordan Bardella und Marine Le Pen enden soll. Die rechtspopulistische Partei, die mehr als 1.000 Aktivisten erwartet, will an die Tradition der Partei am 1. Mai anknüpfen: 25 Jahre lange hatte der ehemalige Parteichef Jean-Marie Le Pen seine Truppen in Paris unter der Statue von Jeanne-d'Arc versammelt. Bei der letzten Ausgabe im Jahr 2015 war es zu starken Spannungen zwischen der Parteivorsitzenden Marine Le Pen und ihrem Vater, dem Ehrenvorsitzenden, gekommen, der unangekündigt die Bühne betreten hatte. Jean-Marie Le Pen wurde schließlich einige Wochen später aus dem FN ausgeschlossen.

DIE ZAHL DER WOCHE

Seitdem die Reproduktionsmedizin am 3. August 2021 für lesbische Paare und alleinstehende Frauen geöffnet wurde, sind nur 21 Babys auf Grundlage des Gesetzes geboren worden. Dies gab die französische Agentur für Biomedizin am 8. März bekannt. Die Agentur geht jedoch davon aus, dass die Zahlen in den kommenden Monaten steigen werden. Ende Dezember 2022 waren 450 laufende Schwangerschaften, sowie 2000 Erstversuche der künstlichen Befruchtung registriert. Seit der Gesetzeseinführung wurden 23 000 Erstberatungsanfragen gezählt. Die Regierung hatte mit 2 000 Schwangerschaften pro Jahr gerechnet. Im Durchschnitt vergehen 14 Monate zwischen der Terminvereinbarung und dem ersten Versuch einer künstlichen Befruchtung. Insgesamt warten derzeit alleinstehende 5.600 Frauen auf eine assistierte Reproduktionsmedizin mit Samenspende.

Konrad-Adenauer-Stiftung Frankreich
15 bis rue de Marignan, 75008 Paris
T +33 15669-1500
www.kas.de/fr/web/frankreich